

Kanada: Eingeschüchtert und kriminalisiert, weil sie ihr Land schützen

Kurze Beschreibung zur Situation der Wet'suwet'en Landverteidiger*innen

In der kanadischen Provinz British Columbia (B.C.) wehren sich die indigenen Landverteidiger*innen der Wet'suwet'en Nation unter der Führung ihrer *Hereditary Chiefs* (Oberhäupter von fünf Clans, deren Titel vererbt wird) gegen den Bau einer Flüssiggaspipeline von Coastal GasLink Ltd. (CGL). Das in Kanada ansässige Unternehmen ist im Besitz der TC Energy Corporation.

Die Pipeline führt über 190 km quer durch ihr angestammtes Land (*Yintah*), das ihnen heilig ist. Seit Jahrhunderten ist es die Grundlage ihrer Identität, kulturellen Traditionen, Geschichten und Lebensweise.

Obwohl sich die *Hereditary Chiefs* im Namen ihrer Clans 2014 gegen den Pipelinebau auf ihrem Territorium entschieden, wurde 2019 mit dem Bau ohne ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (*Free, Prior and Informed Consent*, FPIC¹) begonnen.

Die Wet'suwet'en Nation hat die kollektiven Eigentumsrechte an ihrem 22.000 Quadratkilometer großen Territorium nie verkauft, abgetreten oder in irgendeiner Weise aufgegeben. Seit über einem Jahrzehnt verteidigen sie das Land und ihre Rechte mit friedlichen Mitteln vor Projekten und unerwünschten Industrien, die der Umwelt schaden.

Während der *Supreme Court of British Columbia* dem Pipeline Unternehmen CGL 2018 eine einstweilige Verfügung von begrenzter Geltungsdauer gewährte, war die 2019 bewilligte Verfügung breiter aufgestellt. Sie enthält Vollstreckungsbestimmungen nach denen jede Person verhaftet werden kann, die sich den Mitarbeiter*innen von CGL oder ihren Fahrzeugen bis auf weniger als 10 Meter nähert, sie behindert, einschüchtert, andere dazu anhält, dasselbe zu tun oder Abschnitte der Zufahrtsstraße blockiert.

Seitdem wurden die Landverteidiger*innen und ihre Unterstützer*innen von der kanadischen Polizei (*Royal Canadian Mounted Police*, RCMP), ihrer *Critical Response Unit* (CRU) und der privaten Sicherheitsfirma von CGL (Forsythe Security) kriminalisiert, eingeschüchtert, schikaniert und unrechtmäßig überwacht. Landverteidiger*innen berichteten, dass sie regelmäßig von den Polizei- und Sicherheitskräften verfolgt, gefilmt und fotografiert wurden. CGL streitet jegliches Fehlverhalten ab und antwortete auf eine Anfrage von Amnesty International, dass sie die *Band Councils*² (Band-Räte) und *Hereditary Chiefs* vor Baubeginn konsultiert hätten.

Auf der Grundlage der einstweiligen Verfügung kam es zwischen 2019 und 2023 zu vier groß angelegten Polizeirazzien. Dabei wurden mehr als 75 Landverteidiger*innen auf dem angestammten Land der Wet'suwet'en Nation willkürlich festgenommen und inhaftiert.

2022 erhob der damalige Generalstaatsanwalt von B.C. gegen 20 Landverteidiger*innen Anklage wegen strafbarer Missachtung der einstweiligen Verfügung. Denjenigen, die sich vor Gericht verantworten müssen, drohen im Falle einer Verurteilung Gefängnisstrafen.

¹ Nach der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker (*United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*, UNDRIP) dürfen Infrastruktur- und Rohstoffprojekte nicht ohne die Zustimmung der indigenen Völker auf ihrem angestammten Land durchgeführt werden.

² Ihre Regierungsstruktur basiert anders als die der traditionellen Wet'suwet'en Nation auf dem aus der Kolonialzeit stammenden „*Indian Act*“ von 1876.

So wurde zum Beispiel Sleydo' (Molly Wickham) im Januar 2024 zusammen mit zwei weiteren Landverteidiger*innen der strafbaren Missachtung der einstweiligen Verfügung für schuldig befunden, obwohl sie ihr Land mit friedlichen Aktionen gegen den Bau der Pipeline verteidigten – durch das Blockieren einer Straße und das Bauen von kleinen Häuschen (*tiny houses*) im Baustellenbereich. Der Prozess geht weiter, da die Anwält*innen die Aufhebung des Urteils beantragt hatten. Sie begründeten dies damit, dass es während der Razzien und Inhaftierung zu Menschenrechtsverletzungen durch die kanadische Polizei (RCMP) gekommen sei. Wenn der Antrag erfolgreich ist, wird die Anklage gegen die Landverteidiger*innen ausgesetzt; wenn nicht, drohen ihnen Gefängnis und ein Eintrag ins Strafregister.

Der Bau und Betrieb dieser inzwischen abgeschlossenen, 670 km langen Pipeline verletzt nach Ansicht von Landverteidiger*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und externen Expert*innen die Rechte der Wet'suwet'en Nation und trägt zur Verschärfung der globalen Klimakrise bei.

Nach dem '*Anuc niwh'it'en* (Wet'suwet'en-Gesetz) und UNDRIP haben sie das Recht gemeinsam zu entscheiden, welche Formen der wirtschaftlichen Entwicklung auf ihrem angestammten Land stattfinden sollen. Sie haben das Recht, in Sicherheit zu leben, frei von Überwachung, Belästigung, Rassismus, Kriminalisierung und sexualisierter Gewalt. Sie verteidigen ihr Land und schützen das Recht aller auf eine gesunde Umwelt, indem sie sich gegen ein weiteres die Umwelt schädigendes Projekt für fossile Brennstoffe wehren.

Chronologie der Ereignisse

1997

In einem bahnbrechenden Urteil bekräftigte der *Supreme Court of Canada* die traditionelle Führungsstruktur der Wet'suwet'en Nation und erkannte die *Hereditary Chiefs* als die angestammten Autoritäten ihrer Nation an.

2012

Coastal GasLink veröffentlichte Pläne zum Bau einer Gas-Pipeline und begann damit, sich die erforderlichen Genehmigungen und Zulassungen auf Provinzebene zu besorgen. Nach Angaben des Unternehmens wurden die indigenen Völker noch im selben Jahr über das Projekt informiert.

2014

Die *Hereditary Chiefs* entschieden sich im Namen aller Mitglieder der traditionellen Wet'suwet'en Nation gegen den Bau der Gaspipeline auf ihrem Territorium.

Dezember 2018

Der *Supreme Court of British Columbia* bewilligte Coastal GasLink eine zeitlich begrenzte einstweilige Verfügung, nach der es den Landverteidiger*innen verboten war, die *Morice Forest Service Road* zu blockieren und den Baustellenbereich zu betreten, obwohl sich diese Orte auf ihrem angestammten Land befinden.

Januar 2019

Kurze Zeit später begann CGL mit dem Bau der Pipeline.

Februar 2019, Januar 2020, November 2021

Einen Monat nach Baubeginn erließen die *Hereditary Chiefs* eine Anordnung zum Stopp der Baumaßnahmen und stellten CGL im Januar 2020 Räumungsbescheide aus. Diese wurden im November 2021 erneut bestätigt, allerdings weder von den zuständigen Behörden, noch von CGL und den Sicherheitskräften des Unternehmens respektiert.

Dezember 2019

Der *Supreme Court of British Columbia* gewährte CGL eine weitere einstweilige Verfügung, die Vollstreckungsklauseln enthält. Dadurch war es möglich, den Pipelinebau auch ohne die Zustimmung der Wet'suwet'en Nation fortzusetzen und die Landverteidiger*innen und ihre Unterstützer*innen zu kriminalisieren, wenn sie das Bauprojekt behinderten.

Januar 2019, Februar 2020, November 2021 und März 2023

Zur Durchsetzung der einstweiligen Verfügungen führte die kanadische Polizei (RCMP) von Januar 2019 bis März 2023 vier groß angelegte Razzien auf dem Territorium der Landverteidiger*innen durch. Bei diesen Razzien war die Polizei mit halbautomatischen Waffen, Hubschraubern und Hundeeinheiten ausgerüstet. Sie zerstörte Häuser, entweihte zeremonielle Orte, richtete rechtswidrige Sperrzonen ein und blockierte die Bewegungsfreiheit der Menschen. Mehr als 75 Personen wurden willkürlich festgenommen und inhaftiert, weil sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrgenommen hatten.

Die Einsätze der RCMP im Territorium der Wet'suwet'en wurden vom Ministerium für öffentliche Sicherheit und der Generalstaatsanwält*in von B.C. genehmigt und unterstützt.

Februar 2020

Im Rahmen eines „*Memorandum of Understanding*“ erkannten die Regierungen von Kanada und British Columbia die Rechte der *Hereditary Chiefs* als Autoritäten ihrer Nation und ihres Landes an.

Juli 2022

Im Zuge der Polizeirazzien erhob der damalige Generalstaatsanwalt von B.C. gegen 20 Landverteidiger*innen Anklage wegen strafbarer Missachtung der einstweiligen Verfügung.

Dezember 2022 und November 2023

Sieben Landverteidiger*innen bekannten sich schuldig, die einstweilige Verfügung verletzt zu haben. Gründe dafür waren die psychologischen und finanziellen Auswirkungen des Strafprozesses sowie die restriktiven Kautionsbedingungen, nach denen ihnen das Betreten ihres Territoriums untersagt war, ebenso wie weitere Aktionen gegen Rohstoffprojekte in Kanada. Fünf Anklagen wurden fallen gelassen und drei warten noch auf weitere Schritte. Im November 2023 wurde die Landverteidigerin Sabina Dennis frei gesprochen.

Januar 2024

Mitte Januar wurden die Landverteidiger*innen Sleydo' (Molly Wickham), Shaylynn Sampson und Corey (Jayochee) Jocko der strafrechtlichen Missachtung für schuldig befunden. Ihr Verfahren läuft noch, da der *Supreme Court of British Columbia* die Klage der Landverteidiger*innen wegen Menschenrechtsverletzungen während ihrer Festnahme und Inhaftierung im November 2021 prüft.

Februar 2024 und Juli 2024

Chief Dtsa'hyl (Oberhaupt eines Flügels des Likhts'amisyu Clans) wurde im Februar der strafbaren Missachtung der einstweiligen Verfügung für schuldig befunden und im Juli zu 60 Tagen Hausarrest verurteilt. Amnesty International erklärte ihn zum 1. Gewissensgefangenen Kanadas.

2019, 2020, 2022 und 2023

Im Rahmen seines Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahrens forderte der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (*Committee on the Elimination of Racial Discrimination*, CERD) Kanada im Dezember 2019 auf, alle Genehmigungen für den Bau der CGL-Pipeline auszusetzen, bis die freie, vorherige und informierte Zustimmung der Wet'suwet'en Nation eingeholt würde – gemäß einer vollständigen und angemessenen Erfüllung ihres Rechts auf Zustimmung. In den Jahren 2020 und 2022 richtete der UN-Ausschuss erneut zwei Briefe an

die kanadische Regierung, in denen sie aufgefordert wurde, die Kriminalisierung, Überwachung und eskalierende Gewaltanwendung gegen die Landverteidiger*innen der Wet'suwet'en zu beenden. Ebenso äußerten sich weitere UN-Expert*innen. Anlässlich seines Kanadabesuchs im März 2023 zeigte sich auch der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker sehr besorgt und forderte ein Ende der Kriminalisierung von indigenen Landverteidiger*innen.

July 2023

Im Juli 2023 präsentierten die Wet'suwet'en Nation ihre Forderungen vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission.

Dezember 2023

Am 11. Dezember 2023 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht, der die Menschenrechtsverletzungen gegen die Landverteidiger*innen der Wet'suwet'en dokumentiert. Dabei geht es um unrechtmäßige Festnahmen, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung während der Verhaftung, rassistische Diskriminierung, Drohungen und sexualisierte Gewalt. ['Removed from our land for defending it': Criminalization, Intimidation and Harassment of Wet'suwet'en Land Defenders.](#)

Zum Hintergrund

Indigene Völker in Kanada

Die Rechte indigener Völker (First Nation, Métis und Inuit) sind in der kanadischen Verfassung und Gesetzgebung auf verschiedene Weise geschützt:

- im Abschnitt 35 des *Constitution Act*, 1982.
- In British Columbia setzte das Parlament die UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker (*UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, UNDRIP*) 2019 in Kraft und machte sie im März 2022 mit einem 89-Punkte-Plan verbindlich.
- 2021 folgte das Parlament der kanadischen Regierung in Ottawa und veröffentlichte im Juni 2023 einen Aktionsplan zur Umsetzung von *UNDRIP*.

Die First Nation unterscheiden sich in ihren Regierungsstrukturen. Zum einen gibt es die traditionelle Struktur der *Hereditary Chiefs* (durch Vererbung legitimierte Oberhäupter) und die gewählten Oberhäupter der *Band Councils*. Die Wet'suwet'en Nation hat beide Regierungsstrukturen.

Die Wet'suwet'en Nation der *Hereditary Chiefs* hat über 5000 Mitglieder, die in fünf Clans organisiert sind: Gil_seyhu (Großer Frosch), Laksilyu (Kleiner Frosch), Gidimt'en (Wolf/Bär), Laksamshu (Fireweed) und Tsayu (Biber). Diese Clans setzen sich aus dreizehn matrilinearen Hausgruppen zusammen. Jede Hausgruppe hat ein Oberhaupt und sie unterstützende weitere Oberhäupter. Sie haben beratende Funktionen, helfen bei der Entscheidungsfindung und repräsentieren ihre Häuser. Innerhalb eines Clans repräsentieren die verschiedenen Oberhäupter der Häuser gemeinsam den gesamten Clan. Die 5 Clans treffen ihre Entscheidungen – wie z.B. die Ablehnung des Pipelinebaus - gemeinsam.

Nach dem Wet'suwet'en-Gesetz hat jeder Clan die Verantwortung und die Befugnis, den Zugang zu seinem Gebiet zu kontrollieren.

Entsprechend führten die Wet'suwet'en ein Besuchsprotokoll nach den Regeln der freien, vorherigen und informierten Zustimmung ein (FPIC-Protokoll). Danach benötigen alle Besucher*innen eine Erlaubnis, um das Territorium eines Clans betreten zu dürfen. CGL hat diese Genehmigung nie erhalten, geschweige denn die Erlaubnis, auf dem Land der Wet'suwet'en zu arbeiten.

Außerdem gibt es sechs Wet'suwet'en-Bands: Hagwilget Village First Nation, Nee Tahi Buhn Band, Skin Tyee Band, Ts'il Kaz Koh First Nation, Wet'suwet'en First Nation und Witsset First Nation.³

Um die Bedeutung der Ereignisse für die Wet'suwet'en Nation zu verstehen, muss man sich die jahrhundertelange Politik der kanadischen Regierung vergegenwärtigen, deren Ziel es war, die indigenen Völker von ihrem angestammten Land zu vertreiben, sie in die Siedlergesellschaft zu assimilieren und zu kontrollieren. Zu den Maßnahmen und Praktiken gehörten unter anderem Zwangsvertreibungen, Umsiedlungen, Enteignungen, Masseninhaftierungen, Verbote ihrer Sprachen, Zeremonien und traditionellen Lebensweise, das *Sixties Scoop System* (Zwangsadoptionen ins Ausland) und bis 1996 das System der *Residential Schools*, ferner Zwangssterilisationen, und eine Unterfinanzierung der Kinderfürsorge.

Zwischen 2019 und 2020 wurden fast 20 Millionen kanadische Dollar an öffentlichen Geldern für die Überwachung der Wet'suwet'en-Landverteidiger*innen ausgegeben.

Die Gaspipeline

Die CGL-Pipeline soll Fracking-Gas zur Verarbeitungsanlage von LNG Canada in Kitimat (B.C.) transportieren. Dabei handelt es sich um das größte Infrastrukturprojekt eines Privatunternehmens und um eine der größten Energieinvestitionen in der Geschichte Kanadas. Das Projekt wurde von B.C. Energy Regulator (BCER) genehmigt (früher B.C. Oil and Gas Commission) und hat die politische und finanzielle Unterstützung der Regierungen von Kanada und der Provinz British Columbia.

Im Jahr 2022 veröffentlichte Kanada als eines der ersten Länder eine Richtlinie zur Einstellung der öffentlichen Finanzierung von Projekten für fossile Brennstoffe im Ausland und verpflichtete sich diese auch im Inland zu beenden. Außerdem versprach die kanadische Regierung bis Herbst 2024 einen Plan zu veröffentlichen.

Amnesty International hat mehrere Schreiben an die Regierungen von Kanada und British Columbia gesandt, aber keine substantziellen Antworten erhalten.

Um Informationen über alle Maßnahmen zu erhalten, die als Teil einer Sorgfaltspflicht gegenüber den Wet'suwet'en Nation angesehen werden könnten, korrespondierte Amnesty International von Juli 2022 bis Dezember 2023 mit CGL. Auf die Frage nach Maßnahmen wegen der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Wet'suwet'en erklärten die Vertreter*innen von CGL, dass ihnen keine Vorwürfe bekannt wären. Nach ihrer Ansicht würden sowohl die Konsultation, als auch ihr Entgegenkommen und eine Schadensbegrenzung den UN-Leitprinzipien zur Minderung von Menschenrechtsrisiken entsprechen. Das Unternehmen gab keine weiteren Einzelheiten bekannt und verwies auf eigene Feedback-Mechanismen.

³ Als *Band* wird eine durch den „*Indian Act*“ (1876) geschaffene Regierungseinheit indigener Völker bezeichnet (manchmal First Nation Band oder auch First Nation genannt).

Für ihre gemeinsame Nutzung wurde ihnen Land zur Verfügung gestellt (Reservate). Ihr Rechtstitel liegt bei der kanadischen Regierung, von der sie Geld für die gemeinsame Verwaltung und Nutzung erhalten.

Der *Band Council* (*Band-Rat*) ist ein Gremium, das eine *Band* leitet und sich aus einem *Chief* (Oberhaupt) und Ratsmitgliedern zusammensetzt, die von den Bandmitgliedern gewählt werden. Die *Band Councils* sind für die Leitung und Verwaltung der Bandangelegenheiten zuständig, einschließlich Bildung, Schulen, Wohnraum, Wasser- und Abwasserversorgung, Straßen und andere Dienste im Reservat.

Nach dem „*Indian Act*“ sollte die traditionelle Regierungsstruktur der *Hereditary Chiefs* durch die alle 2 Jahre neu zu wählenden *Band-Chiefs* ersetzt werden.

Einige der Band-Räte stimmten dem Pipeline-Bau zu und erhielten im Gegenzug eine finanzielle Entschädigung von CGL.

Die Klimakrise

Kanada ist weltweit einer der größten Produzenten und Geldgeber für fossile Brennstoffe.

Die Wet'suwet'en Nation kämpft gegen ein Flüssiggas-Projekt (LNG), eine Energiequelle, die von der fossilen Brennstoffindustrie fälschlicherweise als sauberer „Brücken“-Brennstoff zu erneuerbaren Energien angepriesen wird, obwohl es neue Beweise dafür gibt, dass die Klimaschädlichkeit von LNG mit der von Kohle vergleichbar ist.

Die Gewinnung fossiler Brennstoffe hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt. Wie das Beispiel der Wet'suwet'en Nation zeigt, bedeutet der Pipelinebau für sie eine drohende Gefahr der Verschmutzung ihrer Gewässer, die ihnen als Trinkwasserquellen dienen, ihrer Lebensweise und ist mit der Abholzung wertvoller Wälder und Menschenrechtsverletzungen verbunden.

Überall auf der Welt nimmt die Industrie für fossile Brennstoffe riesige Flächen in Anspruch und greift zuweilen auf Zwangsraumungen zurück, um Platz für Pipelines, Bohrlöcher, Straßen und für Anlagen zur Verarbeitung und Abfallentsorgung zu schaffen.

UN-Expert*innen sind sich einig, dass Rohstoffprojekte wie die Förderung fossiler Brennstoffe besonders dramatische Auswirkungen auf die Situation indigener Völker und anderer marginalisierter Gruppen haben. Sie sind überproportional von Armut, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen betroffen und leben vielfach in der Nähe solcher Industrieprojekte mit verheerenden Folgen für ihre Gesundheit, Lebensweise, Kultur und Identität.

Da sich indigene Völker rund um den Globus an vorderster Front des Klimawandels befinden, sind sie sich der verheerenden Auswirkungen für ihr Leben und ihre Rechte sehr bewusst und setzen sich vielerorts für den Schutz ihres Territoriums und unseres Planeten ein.

Sleydo' (Molly Wickham)

Als eine der bekanntesten, kriminalisierten Landverteidiger*innen der Wet'suwet'en Nation steht Sleydo' (Molly Wickham) im Mittelpunkt der Briefmarathon-Kampagne. Sie ist die gewählte Sprecherin des Gidimt'en Checkpoints und Oberhaupt eines Flügels der Cas Yikh Hausgruppe. Seit 2012 lebt sie mit ihrer Familie in einer selbstgebauten Hütte auf dem Territorium der Wet'suwet'en.

Sleydo' war eine von mehr als zwei Dutzend Personen, die im November 2021 während einer Razzia der RCMP verhaftet wurden. Anschließend wurde sie zusammen mit anderen mehrere Tage inhaftiert und im Januar 2024 für schuldig befunden gegen die einstweilige Verfügung verstoßen zu haben. Im September stand sie erneut vor Gericht und muss mit einer Gefängnisstrafe rechnen, sollte ihre Klage wegen Menschenrechtsverletzungen durch die kanadische Polizei vom Gericht abgewiesen werden.

Zusammen mit vielen anderen Land- und Wasserschützer*innen versucht Sleydo' die Pipelinegesellschaft zu stoppen. Da sie an vorderster Front für den Schutz ihres angestammten Territoriums kämpft, hat sie eine Vielzahl von Schikanen, Einschüchterungen und Überwachungen erlebt. Sie wurde zusammen mit anderen indigenen Frauen bedroht und war wiederholt sexualisierter Gewalt und Diskriminierung durch Mitarbeiter*innen von CGL, der Sicherheitsfirma Forsythe Security sowie der kanadischen Polizei ausgesetzt.

Hintergrundinformationen zur Briefmarathon-Kampagne, aus dem Englischen übersetzt und leicht gekürzt von Marianne Kersten, Theko Menschenrechte und indigene Völker



v. l. n. r. Shaylynn Sampson; Sleydo' (Molly Wickham); Jennifer Wickham; Corey (Jayochee) Jocko am 4. September 2024 vor dem B.C. Supreme Court in Smithers. © Marianne Kersten